

Das Ende der Akzeptierenden Drogenarbeit?

Eine Veröffentlichung der Betriebsgruppe Jugendhilfe

Die Akzeptierende Drogenarbeit als Gegenentwurf zum Abstinenzparadigma der herrschenden Drogenpolitik scheint am Ende zu sein. Es ist Zeit einmal Bilanz zu ziehen.

Zunächst ein Rückblick: Während des ersten großen Drogenkonsumbooms in den 60ern und Anfang der 70er Jahre keimten in einer Phase der Orientierungslosigkeit auf staatlicher Seite aus der linken Szene gewachsene offene Hilfsprojekte wie "Release" auf. Für kurze Zeit (1970 bis 1975) konnten sie eine Alternative zur damaligen Psychiatisierung sprich Einweisung der Konsumenten illegaler Drogen in die Irrenanstalten bieten. Kiffende Weltverbesserer versuchten damals mittels diverser kreativer Projekte Junkies zur Speerspitze der subkulturellen Revolution zu machen. Dank geschickter Selbstdarstellung gelang ihnen eine Zeit lang die Finanzierung über Spenden und staatliche Tagesgelder.

Schnell berappelte man sich jedoch auf Behördenseite und förderte praktisch nur noch auf totale Abstinenz setzende therapeutische Unternehmen, die bereit waren mit den Strafverfolgungsbehörden zusammen zu arbeiten. Das "Drogenhilfesystem" wurde auf drei Säulen gestellt: Erstens Prävention, sprich Dramatisierung zur Abschreckung, zweitens Strafverfolgung und damit Ausgrenzung der Konsumenten, um diese quasi als Seuchenherde sozial zu isolieren und über die Verschärfung des sogenannten "Leidensdrucks" zum Ausstieg zu "motivieren", und drittens rigide Abstinenztherapien, offiziell seit 1982 "statt" aber de facto als alternative Strafe. Dieses System erwies sich als weitgehend ineffektiv und trug erheblich zu einer Verschlechterung der Verfassung der stigmatisierten Konsumenten bei.

Mit der zweiten Drogenwelle in den Achtzigern und der rasanten Verbreitung der damals nicht effektiv behandelbaren HIV-Infektion bzw. AIDS-Erkrankung trat in Kreisen injizierender Drogengebraucher eine massive Verelendung ein, die von kritisch denkenden Sozialwissenschaftlern und Pädagogen insbesondere freier Träger, Initiativen und der AIDS-Hilfen als unmittelbare Folge einer in eine Sackgasse geratenen repressiven Drogenpolitik interpretiert wurde. Man entwickelte einen Gegenentwurf, eine auf einer "rationalen und humanen Drogenpolitik" basierende "Akzeptierende Drogenarbeit", die der Schadensminimierung dienen sollte. 1990 wurde gar ein "Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, akzept e.V." gegründet.

Zugute kam dieser neuen drogenpolitischen Ideologie, dass in den Aufbruchsjahren nach der "Wiedervereinigung" 1989 plötzlich vieles realisierbar erschien, was in den deprimierenden 80er-Jahren der reaktionären "Wende" unter BRD-Kanzler Helmut Kohl noch als undenkbar galt. In diese Zeit Anfang der 90er fielen auch das Haschischurteil des Bundesverfassungsgerichts, die folgenden Coffeeshop-Experimente in den Großstädten, der Growshop-Boom, die Smart Drugs-, Herbals- und Psilo-Wellen, die von den Autoren Herer/Bröckers angezettelte "Hanf rettet die Welt"-Euphorie mit ihren Hanf-Produkten und Läden und die parallel laufende "Ecstasy"-Party-Seeligkeit der frühen Techno-Jahre inklusive LSD-Revival in der Goa-Szene. Nebenbei wurde der Kokainkonsum auch jenseits von Schickeria und Straße gesellschaftsfähig. Ähnliche Entwicklungen fanden zudem nicht nur in Deutschland statt. Offene Grenzen, das Internet und moderne Kommunikationstechnologien trugen ihren Teil zur

Gesamtentwicklung bei.

Die abstinenzorientierte Drogenpolitik wirkte überkommen, realitätsfern und geradezu lächerlich. In der Folge gelang es in Deutschland zahlreiche "niedrigschwellige" Projekte mit akzeptanzorientiertem Ansatz zu verwirklichen, wie Szene-Cafes mit Spritzentausch, Fixerstuben, Übernachtungsstätten und pädagogisch betreute Wohngemeinschaften. Ein wichtiges Ziel war die Substitutionsbehandlung der Opiatabhängigkeit. Die Möglichkeit der ärztlichen Verschreibung von Methadon/Polamidon, heute auch Buprenorphin/Subutex, wurde schließlich gesetzlich garantiert. Da sich die Konsumenten dafür einer "Psychosozialen Betreuung" unterwerfen mussten, boomten Einrichtungen, die hier zur Stelle waren.

Dennoch schwebte über Allem immer noch der Anspruch staatlicher Drogenpolitik Akzeptierende Drogenarbeit nur für eine Übergangsphase im Leben der Klienten finanzieren zu wollen. Das Ausstiegsdenken war keineswegs vom Tisch. Aus Ratlosigkeit lies man machen, was auf der dienstleistenden Seite eine Art Wildwuchs zur Folge hatte. Da die Finanzierung der entsprechenden Einrichtungen meist nicht pauschal sondern über die Zahl der Klientenkontakte oder Stundenhonorare erfolgte kam es zu undurchschaubaren Abrechnungen. Nicht selten wurden Klienten obendrein in mehreren Einrichtungen gleichzeitig betreut. Zusätzlich wanderten sie ihrem primären Bedürfnis nach Grundversorgung und Obdach folgend nach erfolgten Rausschmissen von einer Einrichtung in die Nächste. Es haperte aus Sicht der Kostenträger an Zielvorgaben und an Qualitäts- und Effektivitätskontrollen.

In den letzten Jahren bemühte man sich nun von Behördenseite aus diese Lücken zu schließen. Projekten, die den neuen Kontrollansprüchen nicht genügen konnten oder wollten, wurde die Finanzierung entzogen. Wer im Rennen bleiben wollte orientierte sich in der Konzeptualisierung seines Unternehmens an scheinbar modernen Leitbildern: Ausufernden Antrags- und Dokumentationssystemen, wie sie die WHO bei ihrem Versuch im Rahmen der Globalisierung ein einheitliches von der westlichen Medizin geprägtes Menschenbild zu konstruieren und zu institutionalisieren vorgibt, Floskeln aus dem Case-Management, therapeutischen Ansätzen aus der Verhaltenstherapie, wie sie mit dem materialistischen auf Genetik und Epigenetik setzenden Menschenbild der US-amerikanischen NIDA konform gehen. Sah man die Arbeit vorher als schadensminimierend und suchtbegleitend, sollen die "Klienten" jetzt offiziell selbst, wenn sie sterbenskrank sind, "trainiert" und "auf Ausstieg orientiert" werden (aus der "Sucht" natürlich). Wo vorher in vielen Projekten eine relative Gleichberechtigung unter den Mitarbeitern herrschte, wurden Hierarchien aufgebaut, die der klassischen Hackordnung Psychiater, Psychologe, Sozialpädagoge, Hilfspersonal entsprechen. Teilen des (Führungs-)Personals kam der rigidere und gängelnde Umgang mit unter Druck gesetzten Klienten vermutlich durchaus recht. Mittlerweile älter geworden, sehnte man sich durchaus nachvollziehbar nach mehr Distanz zum Objekt, nach strikterem Regelwerk und konzentrierte sich ohnehin mehr auf praxisferne Karrieren und/oder sein Privatleben. Für die Klientel ist solch eine Entwicklung aber bedenklich. Was sich als professionelle Distanz verkleidet, droht so in Ignoranz gegenüber im humanen Ansatz immerhin theoretisch gleichwertigen und gleichberechtigten Mitmenschen umzukippen. Aus Akzeptierender Drogenarbeit könnte auf diesem Wege eine überheblich auftretende "Entmündigende Drogenarbeit" werden.

Der Leistungsdruck unter dem nicht nur die Klienten sondern auch die relativ schlecht bezahlten Mitarbeiter stehen führt bei diesen teilweise zu Burnout-Symptomen und Krankheitsausfällen. Einigermmaßen qualifiziertes Personal zu finden, dass sich derartige

Arbeitsbedingungen zuzumuten bereit ist, wird schwierig.
Die Akzeptierende Drogenarbeit als optimistische und engagierte Alternative ist so gesehen praktisch am Ende.

Welche Fehler führten zu dieser Misere?

Das zentrale Problem aller Drogenkonsumenten (und damit in seinen Konsequenzen auch ein wichtiges Problem im gesellschaftlichen Zusammenleben) ist nach wie vor die Kriminalisierung und die damit zusammenhängende soziale Ausgrenzung über Strafverfolgung, Führerscheinentzug, den Verlust von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, die Schwierigkeit Wohnraum zu finden etc. pp..

Ihrer Beendigung müsste das Hauptengagement gewidmet sein, nicht der Besitzstandwahrung, dem Erhalt pädagogischer "Idyllen", die keine (mehr) sind. Die Meisten, die ihren staatlich finanzierten Laden bekommen hatten, hielten sich schließlich drogenpolitisch zurück. Manch eine Einrichtung war froh, wenn ihr Kontrollen erspart blieben. Man blieb inkonsequent in der Durchsetzung von Zielen innerhalb der Projekte wie auf der langfristig bedeutsameren drogenpolitischen Ebene. Auf dieser ließ man sich mit Kompromissen abspeisen. So auch in der Opiat-Substitution mit Methadon/Polamidon. Nach deren immerhin erfreulichen Realisierung war hinter der Durchsetzung einer leicht zugänglichen Originalstoffvergabe, sprich Heroin, kaum noch der erforderliche Druck. In Sachen Entkriminalisierung anderer Substanzen wie Cannabis hielt man sich vollkommen zurück.

Inkonsequent war man auch in der Diskussion und Klärung von Fragen, wie man beispielsweise mit nicht zu Verhaltensänderungen bereiten oder fähigen Schwerstabhängigen umgehen oder wie man sich gegenüber dem sogenannten "Beikonsum", insbesondere dem von Kokain (verschleiert hinter Begriffen wie "Base", "Steinen", "Crack"), verhalten soll.

Das Phänomen des süchtigen Verhaltens ist bis heute wissenschaftlich und ethisch nicht hinreichend ergründet worden. Auch die Zusammenhänge zwischen süchtigem Verhalten, weiteren schwerwiegenden psychiatrischen Erkrankungen, einem desolaten sozialen Umfeld und mangelnden Lebensperspektiven sind längst nicht hinreichend eruiert worden. Zuverlässig dauerhaft effektive Hilfsmöglichkeiten sind nicht bekannt. Bedeutende das Leben stabilisierende Faktoren scheinen am Ende ganz banal eine unkomplizierte medizinische Versorgung, auf Dauer gesicherte menschenwürdige Wohnverhältnisse, flexible den jeweiligen Fähigkeiten angemessene Arbeitsangebote und eine kontinuierliche menschliche Anbindung darzustellen.

Gerade im Bereich der Akquirierung unbefristeten Wohnraums für obdachlose Drogenkonsumenten ist kaum etwas geschehen. Der sogenannte freie Wohnungsmarkt hat bekanntlich wenig Interesse an dieser Klientel. Der Staat hält sich weitgehend raus. So werden diese Menschen, wenn sie Glück haben, bis zur erfolgreichen Überführung in eigenen Wohnraum, allzu oft allerdings bis zum Rausschmiss oder Abgang in Richtung Knast oder konkurrierende Einrichtungen in kostspielig betreuten Wohneinrichtungen geparkt, immer mit dem Damoklesschwert der Beendigung der Maßnahme bei nicht erwünschtem Verhalten über sich, oft zusammenwohnend mit Mitbewohnern, die sie sich nicht aussuchen konnten, betreut von Menschen, zu denen vielleicht kein Draht besteht, aufgefordert ein von ihnen nicht wirklich gewolltes Betreuungsangebot wahrzunehmen.

Unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten wird, um die Bude voll zu kriegen und in

Fehleinschätzung eigener Kompetenzen, nicht immer richtig darauf geachtet, wer wohin verfrachtet wird. Darunter leiden dann Klienten genauso wie Mitarbeiter.

Die Mitarbeiter selbst werden obendrein meist unzureichend qualifiziert: Weiterbildung, die ein unabdingbarer Bestandteil der Arbeit sein müsste, gibt es viel zu wenig. Wenn sie anberaumt wird, dann dient sie der Rechtfertigung nach außen, täuscht mehr Qualität vor, als dass sie tatsächlich der praxisnahen Verbesserung der Arbeitsqualität und der Kompetenzen der Mitarbeiter dient. Ihre unterschiedlichen Fähigkeiten müssten viel mehr berücksichtigt werden. Einen "Sozialarbeiter", der von vornherein Alles kann und jedem irgendwie helfen kann, gibt es nicht.

Zwischen den verschiedenen Drogenhilfeprojekten gibt es keine effektive Zusammenarbeit. Untereinander herrscht mangelnde Solidarität. Letztlich wurschteln die verschiedenen Einrichtungen unterschiedlicher Träger mehr oder weniger unkoordiniert und bisweilen unambitioniert vor sich hin. Tatsächlich stehen die Träger gegenüber den staatlichen Geldgebern zueinander in starker Konkurrenz. So lässt sich drogenpolitisch nichts durchsetzen. Von einer Lobby kann nicht die Rede sein.

Die Konsumenten selbst kommen im Hilfesystem und in der Öffentlichkeit praktisch nicht mehr zu Gehör. Sie werden zu Objekten abstrakter Forschung und ausufernder Konzeptionalisierung, die nach Management-Gesichtspunkten zu funktionieren haben und mittels gezielter Maßnahmen entsprechend standardisierter Menschenbilder (im Rahmen der Leistungs- und Konsumgesellschaften des globalisierten Kapitalismus) auf eine idealisierte Linie gebracht oder zumindest als Störfaktor an den Rand gedrängt werden sollen.

Auch die unschätzbaren Berufs- und Lebenserfahrungen der Mitarbeiter finden kaum Berücksichtigung. So finden inner- und überbetriebliche Auseinandersetzungen wie in der Anfangsphase der Entstehung der Akzeptierenden Drogenarbeit kaum noch statt. Innerhalb der Betriebe werden die Mitarbeiter an der Konzept- und Arbeitsgestaltung nicht oder nur peripher beteiligt.

Auch bei den Mitarbeitern der Hilfeeinrichtungen herrscht nicht selten Ignoranz gegenüber dem in Vereinssatzungen noch postulierten Menschenbild und den Ideen der Akzeptierenden Drogenarbeit. Die Leitlinien von einem parteiischen, akzeptierenden, respektierenden, an der Menschenwürde orientierten, die Selbständigkeit des Individuums fördernden, die Handlungsspielräume erweiternden Umgang mit Drogengebrauchern sind vielfach aus dem Fokus geraten. Dass drogenpolitisches Engagement zu den wichtigsten Aufgaben der Akzeptierenden Drogenarbeit gehört ist Vielen gar nicht mehr bewusst.

Generell fehlt die Bereitschaft zu einer ehrlichen (selbst)kritischen Bestandsaufnahme sowohl der tatsächlich geleisteten Drogenarbeit mit Pleiten, Pech und Pannen, wie auch der Auswirkungen der Drogenpolitik in den vergangenen Jahren unter Herbeiziehung aller Beteiligten inklusive der Betroffenen. Ehrlichkeit ist allerdings im Bereich sozialer Hilfen nicht Geschäftsgrundlage, weder innerhalb der Betriebe, noch vor der Konkurrenz oder gar den geldgebenden Behörden. Im Gegenteil, wer, egal auf welcher Ebene, selbstkritisch vorgehen würde, hätte zu befürchten, schnell ausgeschaltet zu werden.

Die Drogenpolitik funktioniert nicht so locker, schon gar nicht in Zeiten des Neoliberalismus. Dieser verlangt gleichermaßen nach Kontrolle Aufmüpfiger, im Rahmen einer Entsolidarisierung nach weitestgehender staatlicher Knauserie bei Unterstützungsbedürftigen wie nach Schaffung maximaler Freiheiten für die Aktionen kapitalistischer Unternehmen, deren Kundschaft, nebenbei bemerkt, im Idealfall aus auf deren Produkte fixierten Konsumsüchtigen besteht.

Ist ein Ende der Misere absehbar?

Der "War on Drugs", an dessen Opfern das Drogenhilfesystem rumwerkelt, erfüllt leider über die Betäubungsmittelgesetzgebung Funktionen, die es utopisch erscheinen lassen, dass die herrschende Politik auf die Kriminalisierung verzichten wird.

Zahlreiche Verfolgungsapparate (von Polizei bis Zoll) rechtfertigen ihre Aufrüstung mit dem "Rauschgiftproblem". Nicht nur die Kontrolle der eigenen Bürger auch Interventionen in anderen Ländern lassen sich hiermit rechtfertigen. Führend in dieser Politik sind zweifellos die USA, die seit Jahrzehnten in ihren imperialistischen Bestrebungen die Marschroute vorgeben.

Gleichzeitig bietet die Prohibition so hohe Profite, dass sich mit den Schwarzgeldern ausgezeichnet Kriege finanzieren lassen. Totalitäre und korrupte Regime, Guerillabewegungen, Bürgerkriegsparteien, Warlords, Todesschwadronen und Gruppierungen des organisierten Verbrechens subventionieren sich so. Sind die jeweiligen Gruppierungen von politischem Nutzen drückt man ein bis zwei Augen zu, bei Bedarf lässt sich dann schnell der Spieß umdrehen und man hat von nichts gewusst. In vielen Ländern stellen die aus dem Drogenhandel stammenden Gewinne einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar.

Die im Zusammenhang mit diesen Geldern stehende Einflussnahme und/oder Korruption durch das gern geleugnete organisierte Verbrechen treibt auch hierzulande teilweise erstaunliche Blüten der Doppelmoral und Scheinheiligkeit und unterhöhlt demokratische Gesellschaftsstrukturen.

Es bleibt zu hoffen, dass die in Folge dieser Hinwendung zu einer tendenziell auf Bevormundung und Überwachung setzenden Drogenhilfepolitik zu erwartenden Verelendungsprozesse bei den Betroffenen und damit zusammenhängende Frustrations- und Ohnmachtserfahrungen bei in der Drogenarbeit Tätigen nicht nur zu Rückzugstendenzen in Richtung Burn-out sondern vielleicht noch einmal zu einem dann koordinierteren nachhaltigeren Engagement für einen menschlicheren Ansatz in der Drogenpolitik wie in der Umgestaltung des Hilfesystems führen mögen. Vielleicht engagieren sich auch wieder jüngere Aktionisten mit neuen Ideen. Die Zeit dafür ist zwar nicht gerade günstig, aber jedenfalls längst reif.